



HESSISCHER LANDTAG

27. 09. 2011

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend Hessen wehrt sich gegen Revanchismus und tritt für
Versöhnung und Frieden in Europa ein**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag verurteilt den Kauf und Versand der Broschüren mit den 50 Thesen von Alfred de Z. durch das Sozialministerium an hessische Schulen und Bildungseinrichtungen.
2. Wer revanchistische, den Faschismus relativierende und die Völkerverständigung gefährdende Pamphlete für die Bildungsarbeit und schulische Erziehung in Hessen in großem Umfang kauft und verbreitet, leistet rechtsradikalen Themen und Organisationen Vorschub. Der Hessische Landtag distanziert sich von den kruden Thesen und Verschwörungstheorien.
3. Der Hessische Landtag bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung und hält an den Ergebnissen der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa", an den Ostverträgen und den Festlegungen des 2+4-Vertrages fest.

Begründung:

Die Thesen von Alfred de Z. stehen für ein nationalistisches, deutschtümelndes Geschichtsverständnis: Danach soll die Vertreibung der Deutschen nicht mehr als Folge des Zweiten Weltkrieges und somit des Überfalls der Wehrmacht auf Polen zu bezeichnen sein, der am 1. September 1939 begonnen hatte. Polen habe bereits wesentlich länger Pläne gehabt, die Deutschen zu vertreiben, behauptet der Verfasser. Obendrein greift er darin die Westalliierten - insbesondere die USA - an, die Vertreibung in Kauf genommen zu haben, weil sie Deutschland so hätten schwächen wollen.

De Z. ist seit Jahrzehnten für Thesen bekannt, die er auch in Interviews mit rechtslastigen Medien wie der Wochenzeitung "Junge Freiheit" bekräftigt hat. In einem kürzlich publizierten Buch vertritt er die Ansicht, dass von einer deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg "nicht die Rede sein" könne.

Ein "in Jahrhunderten gewachsenes Zusammenleben von Slawen und Deutschen" im Osten Europas sei nicht etwa durch den deutschen Vernichtungskrieg, sondern durch die "Vertreibung der Deutschen" zerstört worden. Auch dürfe "Die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des 1. September 1939 betrachtet werden", so eine weitere Aussage in der Broschüre. Die Behauptungen stellen heftige Angriffe gegen Polen und die Tschechische Republik dar und sind geeignet, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarstaaten schwer zu schädigen.

Wiesbaden, 27. September 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen